

Wahlprüfsteine Care Revolution Netzwerk Rhein-Main

Antworten von

ARMAND ZORN,

SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis 182 (Frankfurt am Main I):

1. Kinder großziehen, versorgen, betreuen, kostet Zeit, Nerven und Geld. Familienpolitik kann unterstützen.

A/ Wie sehen Sie eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich?

Ich halte das für sinnvoll und notwendig, auch wenn die Umsetzung vielleicht nicht von heute auf morgen möglich ist. Auch die 40-Stunden-Woche war einmal eine scheinbar unrealistische Utopie als die Menschen noch 50 – 60 Wochenstunden arbeiten mussten.

B/ Wie sehen Sie den Ersatz von Kindergeld, Kinderzuschlag, und Kinderfreibetrag durch ein Kindergrundeinkommen für alle Kinder (auch Hartz IV Familien) von 650 Euro monatlich?

Ohne mich jetzt auf eine konkrete Höhe festlegen zu wollen, halte ich ein solches Kindergrundeinkommen für richtig und sinnvoll. Leider ist es in Deutschland immer noch so, dass der Bildungserfolg von Kindern stark abhängig ist von Einkommen und Vermögen der Eltern. Ich halte es für falsch, wenn Gutverdienende über Steuererleichterungen mehr Förderung erhalten als bspw. Grundsicherungsempfänger*innen.

C/ Wie würden Sie sich einsetzen für den Bau von kommunalen familiengerechten Wohnungen?

(Bezahlbarer) Wohnungsbau ist eine Aufgabe für alle politischen Ebenen: Kommunen, Land und Bund. Als Bundestagskandidat setze ich mich ein für familien- und mieterorientierte Änderungen beim Baugesetzbuch und der Bauleitplanung, einen Mietendeckel in Städten mit Wohnungsmangel und eine stärkere finanzielle Förderung von Sozialwohnungen durch den Bund. Ich bin auch ein großer Fan von Genossenschaften und Mehrgenerationenhäusern; beides stärkt auch das familiengerechte Wohnen. Auf Landesebene brauchen wir in Hessen dringend wieder das von Schwarz-Grün abgeschaffte Verbot der Wohnraumzweckentfremdung.

D/ Welche Ideen haben Sie für den Ausbau von öffentlichen Infrastrukturen der Betreuung von Kindern?

Da wo Kommunen beim Ausbau von Kinderbetreuung und -einrichtungen überfordert sind, muss der Bund sie auch finanziell unterstützen. Ein Engpass ist darüber hinaus auch der Fachkräftemangel, gerade auch in diesem Bereich. Um diesem zu begegnen müssen wir Erziehungsberufe aufwerten; insbesondere auch bei der Entlohnung. Außerdem müssen wir den Ausbau von Ganztagschulen weiter vorantreiben.

2. Der demografische Wandel bringt es mit sich, dass immer mehr alte Menschen auf Pflege angewiesen sind. 75% dieser Pflegebedürftigen werden daheim gepflegt.

A/ Wie sehen Sie eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich?

Bin dafür; siehe meine Antwort auf die gleiche Frage oben.

B/ Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 24.06.2021 zur 24-Stunden-Betreuung in privaten Haushalten (Urt. v. 24.06.2021, Az. 5 AZR 505/20), fordert den Mindestlohn für (ausländische) Pflegekräfte, inklusive für die Bereitschaftszeiten. Was werden Sie unternehmen, damit häusliche Pflege weiterhin möglich bleibt?

Ein verbindlicher Mindestlohn für alle Arbeitnehmer*innen – auch für ausländische Pflegekräfte in Deutschland - ist selbstverständlich für mich. Damit häusliche Pflege dennoch weiterhin möglich und bezahlbar bleibt, muss sie stärker finanziell unterstützt werden, insbesondere durch die Pflegeversicherung. Heimpflege darf kein Privileg sein!

C/ Welche Ideen haben Sie für den Ausbau von öffentlichen Infrastrukturen der Altenpflege?
Wir brauchen eine Aufwertung von Pflegeberufen, nicht zuletzt durch eine bessere Entlohnung, mehr Weiterbildungen für Pflegekräfte (Bsp. „Demenzfachkräfte“ in Dänemark), bessere psychiatrische Betreuung der Älteren (auch hier sind Weiterbildungen für Pflegekräfte nötig), eine bessere Personalbemessung in der Altenpflege, einen stärkeren Ausbau ambulanter Angebote sowie die staatliche Unterstützung von Initiativen wie bspw. Mehrgenerationenhäusern und Freizeit- und Teilhabeangeboten für Ältere.

D/ Was wollen Sie unternehmen um den Mangel an Fachkräften zu überwinden?
Der Fachkräftemangel betrifft nicht nur, aber auch, den Gesundheits- und Pflegebereich sowie die Kinderbetreuung. Neben angemessenen Löhnen, Verhinderung von Tarifflicht, einer besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie, mehr Wertschätzung durch verpflichtende Bildungsangebote und der Anerkennung der Pflege als Heilberuf werden wir das Problem des Fachkräftemangels nur lösen können, wenn wir Zuwanderung auch als wirtschaftliche Notwendigkeit anerkennen und das Arbeitskräftepotential bei Frauen besser als bisher ausschöpfen.

E/ Wie sehen Sie die Einführung einer Pflegevollversicherung?
Pflege darf kein Luxus sein. Jeder Mensch, der Pflege braucht, muss sie auch in ausreichendem Ausmaß bekommen. Daher halte ich eine Pflegevollversicherung für sinnvoll und notwendig. Dazu müssen sowohl Pflegeversicherung als auch Krankenversicherung neu strukturiert werden. Dass dadurch auch die Beiträge ansteigen, gehört zur Wahrheit dazu. Andererseits führt dies möglicherweise auch zu finanziellen Entlastungen der Kommunen, die als Sozialhilfeträger immer häufiger für Pflegekosten aufkommen müssen. Wir Sozialdemokraten treten für eine Krankenversicherung in Form einer Bürgerversicherung ein, bei der sich alle Einkommen gleichermaßen an den Kosten der Gesundheitsversorgung beteiligen; dies gilt auch für die Pflegeversicherung.

3. Deutschland hat die UN Konvention der Rechte von Menschen mit Behinderung 2009 ratifiziert

A/ Wie stehen Sie zur Forderung nach einer freien Wahl der Schulform auch für Menschen mit Behinderung?

Ich unterstütze diese Forderung. Inklusion ist nicht nur für Menschen mit Behinderungen sinnvoll, sondern auch für die „nicht-behinderte“ Bevölkerung. Natürlich müssen Schulen dafür auch mit den entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden.

B/ An welchen Stellen können und werden Sie, so Sie gewählt werden, umsetzen, dass Menschen mit Behinderung

- in barrierefreien Wohnungen, oder z.B. inklusiven Wohngemeinschaften leben können?
- ihren Arbeitsplatz frei wählen können und nicht von der Gnade von Arbeitgeber:innen abhängig sind, ob Sie arbeiten dürfen oder nicht?
- in betreuten Werkstätten den gesetzlichen Mindestlohn erhalten
- von Menschen assistiert/unterstützt werden, die auf Grundlage eines Tarifvertrages einer DGB-Gewerkschaft bezahlt werden und nicht in Altersarmut landen, weil sie eine Tätigkeit in der Pflege ausüben?

Diese Punkte sind mir alle wichtig; nicht zuletzt die Stärkung von Gewerkschaften und Tarifverträgen, z.B. durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, liegt mir sehr am Herzen. Die SPD setzt sich für eine Anhebung des Mindestlohns auf 12€/Stunde ein; selbstverständlich muss dies dann für alle Arbeitnehmer*innen gelten. Zur Förderung von Arbeitskräften in der Pflege habe ich oben schon etwas gesagt.

4. Die Corona-Pandemie hat die Mängel unseres Gesundheitssystems überdeutlich hervorgehoben. Sowohl Patient:innen als auch Beschäftigte haben darunter zu leiden.

A/ Wie sehen Sie eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich?

Ich bin dafür (siehe meine Antwort oben auf die gleiche Frage). Beruflich Pflegende erkranken häufiger als andere Berufsgruppen an Burn-Out. Das schwächt die Motivation, diesen Beruf zu ergreifen und in diesen Berufen länger zu bleiben. Auch deswegen wäre eine Reduzierung der

Wochenarbeitszeit sinnvoll. Im Übrigen belegen Studien, dass zufriedene und weniger erschöpfte Arbeitnehmer*innen auch eine höhere Produktivität haben.

B/ Wie soll flächendeckende ausreichende Gesundheitsversorgung und entsprechender Krankenhausbedarf geplant und umgesetzt werden – inklusive Erreichbarkeit für alle auch in abgelegenen Regionen, Bevorratung von Material (Hygiene, Schutzkleidung,...), Medikamenten und Impfstoffen für mögliche weitere Pandemien und Gesundheitsbedrohungen?

Unser Gesundheitssystem als auch die Vorsorge für zukünftige Gesundheitsbedrohungen muss in vielen Punkten reformiert werden. Eine der wichtigsten Maßnahmen aus Sicht der SPD ist dabei die Einführung einer Bürgerversicherung, die nicht nur für mehr Gerechtigkeit, sondern auch für eine bessere Finanzierung unserer Gesundheitsversorgung sorgt. Außerdem trete ich für eine viel stärkere Digitalisierung unseres Gesundheitswesens (nicht zuletzt bei den Gesundheitsämtern vor Ort) ein, da wo dies von Vorteil sowohl für Patient*innen als auch die Gesundheitsanbieter ist und dadurch kostengünstigere und zugleich qualitativ bessere Angebote geschaffen werden können.

C/ Wie soll der Mangel an Auszubildenden und Fachkräften in den Gesundheitsberufen behoben, ausreichende Personalbemessung eingeführt und die Gesundheitsämter für die Erfüllung ihrer Aufgaben personell ausgestattet werden?

Wir müssen soziale Berufe attraktiver gestalten (vernünftiger Lohn, Stärkung der Berufsgruppen) sowie die Generalisierung der Pflegeberufe kritisch hinterfragen und optimieren. Durch personelle Entlastung müssen wir Pflegenden wieder ermöglichen wirklich pflegen zu können. Die Effizienz-, Produktivitäts- und Qualitätssteigerungen, die durch eine sinnvolle Digitalisierung möglich sind, werden insbesondere in den lokalen Gesundheitsämtern oft nicht ausreichend realisiert. Die Corona-Pandemie hat uns zumindest gelehrt, dass wir den Gesundheitsbereich zukünftig wieder stärker finanziell ausstatten müssen und nicht kaputtsparen dürfen.

D/ Wie kann die Krankenhausversorgung patient:innen- und beschäftigtenfreundlich finanziert werden, um das Fallpauschalensystem mit seiner Über- und Unterversorgung und den sogenannten „blutigen Entlassungen“ abzulösen?

Auch ich denke, dass das System der Fallpauschalen in der heutigen Form nicht mehr sinnvoll ist und dringend reformiert werden muss. So benötigen wir bspw. die Möglichkeit der Abrechnung nach Pflegediagnosen.

E/ Wie können Ausgründungen von Reinigung, Küche, Technik, Labor, Physiotherapie, Transportdienst etc. aus den Stammebelegschaften der Kliniken in niedriger bezahlte evtl. tariflose Gesellschaften unterbunden werden?

Ausgliederungen und der Missbrauch von Leiharbeit – sowohl im Gesundheitsbereich wie auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen – gehören zu den Hauptursachen für Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen. Sie müssen viel stärker bekämpft, reglementiert und eingeschränkt werden. Statt Profit- brauchen wir eine viel stärkere Gemeinwohlorientierung im Gesundheitsbereich.

F/ Was wollen Sie unternehmen, um Krankenhäuser zu entprivatisieren und das Profitstreben im Gesundheitswesen zu unterbinden?

Für die SPD hat die Beendigung der Kommerzialisierung im Gesundheitswesen eine sehr hohe Priorität, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, sollen verpflichtend und weitestgehend wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen. Statt Profitstreben brauchen wir eine viel stärkere Gemeinwohlorientierung des Gesundheitsbereiches. Notwendig sind dazu eine stärkere staatliche Regulierung und strengere gesetzliche Vorschriften. Wir brauchen eine bedarfsorientierte und kostendeckende Finanzierung. Hierzu muss u.a. das System der Fallpauschalen grundsätzlich reformiert werden.

5. Viele Menschen wollen sich umeinander kümmern können. Eltern um ihre (Klein-)Kinder, Erwachsene um ihre alten Eltern, Menschen um ihre pflegebedürftigen Angehörigen oder Freund:innen / Partner:innen. Wenn sie dafür ihre Erwerbsarbeit aufgeben oder (stark) reduzieren, fallen sie sehr oft in Hartz IV und riskieren Altersarmut.

A/ Wie denken Sie über ein existenzsicherndes Bedingungsloses Grundeinkommen?

Ich halte ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ für eine schöne, aber unrealistische Vision. Ich teile daher die Kritik von verdi u.a. an diesem Konzept.

B/ Wie sehen Sie eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich?

Ich bin dafür; siehe meine Antwort auf die gleiche Frage oben.

www.armandzorn.de